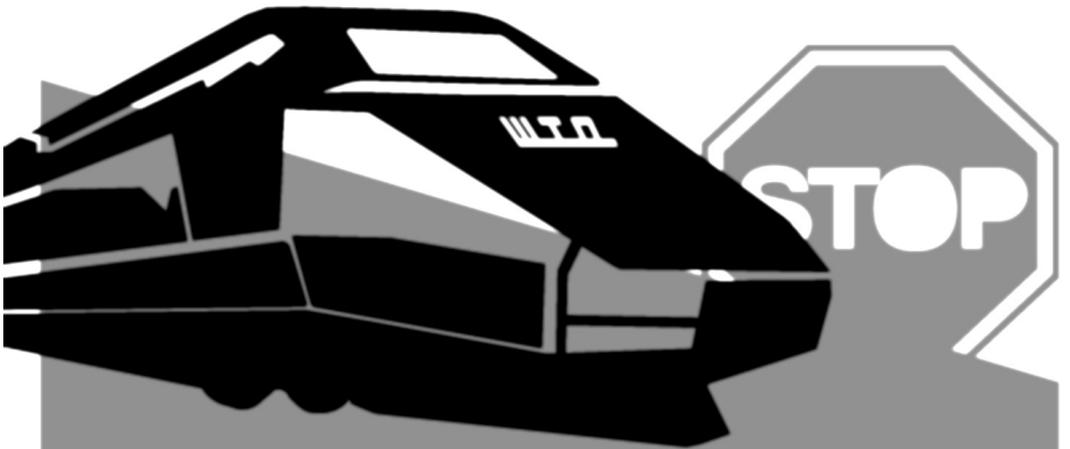


★ GLOBALE AKTIONSTAGE



CANCÚN

WTO-KONFERENZ VOM 10.-14. SEPTEMBER IN MEXICO

Inhalt

- 2 Inhalt
- 3 Aufruf zu Aktionen gegen die WTO-Konferenz in Cancún
- 4 Was plant die WTO in Cancún?
- 11 Viele gute Gründe für Frauen gegen GATS zu sein
- 17 Aktionstage am Abschiebelager Fürth 11.–14.9.
- 17 Flüchtlingsaufruf zu den Aktionstagen in Fürth
- 20 Auch die Zapatistas mobilisieren nach Cancún
- 20 Eckpunkte des globalen Netzwerks Peoples' Global Action



impressum

**V.i.S.d.P.
Michael Kruse,
Eisenbahnstraße 4
10999 Berlin**

Aufruf zu Aktionen gegen die WTO-Konferenz in Cancún

Vom 10. bis 14. September 2003 findet die fünfte WTO Ministerkonferenz in Cancún, Mexiko statt. Überall auf der Welt bereiten sich Organisationen und Basisbewegungen auf diesen Termin vor. Ziel ist, die WTO entgleisen lassen: Derail the WTO! Auch hierzu werden Aktionen im September geplant.

Die WTO-Konferenz in Seattle Ende 1999 geriet für die Regierungen zum Fiasko, und erstmals konnte die Medienöffentlichkeit die globale Protestbewegung gegen Neoliberalismus nicht mehr verschweigen. Daraufhin verzog sich die WTO nach Doha in Qatar, und nun könnte Cancún zum zweiten Seattle werden.

Besonders in Lateinamerika regt sich viel Widerstand gegen die Pläne einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA), gegen Plan Colombia, Plan Puebla-Panama und die Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank, gegen Militarismus und Krieg.

In Lateinamerika ist einiges in Bewegung, im Oktober fanden ein großes Treffen gegen ALCA in Quito, Ecuador, und zahlreiche Aktionen in mehreren Ländern statt, in El Salvador wurde massiv gegen die Privatisierung der Gesundheitsdienste und der sozialen Sicherungssysteme mobilisiert, hinzu kamen Strassenblockaden von BäuerInnen in Bolivien, Proteste gegen Privatisierungen in Peru, Fabrikbesetzungen und Massendemonstrationen in Argentinien, usw. In vielen Bereichen, in der Landwirtschaft, in den indigenen und schwarzen Gemeinschaften, Gewerkschaften, an den Universitäten, in den Frauenbewegungen und Umweltorganisationen entscheiden sich die Leute dazu, gegen die kapitalistische Globalisierung auf die Strassen und Feldwege zu gehen.

Während der WTO-Konferenz vom 10. bis 14. September 2003 werden dezentrale Aktionen überall auf der Welt organisiert.

Zugleich soll der Aufbau einer globalen Bewegung gefeiert werden. Hier und heute gehen AktivistInnen nach dem Motto der Zapatistas fragend (preguntando caminamos) auf dem Weg zu einer anderen Welt. Nicht nur bei Gipfelprotesten wie sie in Hyderabad, Genf, Seattle, Prag, Bangkok, Quebec, Genua, Quito, Buenos Aires und anderswo stattfanden, auch im Alltag soll die patriarchale kapitalistische Kriegs- Logik in Frage gestellt werden und die Wut fantasievoll in Widerstand verwandelt werden.

Links:

Infos zur WTO
in Cancún:

www.stopwto.tk

www.agp.org

www.frauenstopptgats.qjb.net

Aktionstage in Fürth:

www.ausreisezentren.de

www.aktivgegenabschiebung.de

<http://de.indymedia.org>

www.wtopoly.de
(Bundjugend Berlin)

Übersicht zu GATS (engl.):

www.gatswatch.org

Was plant die WTO in Cancún?

Die WTO-Delegierten wollen im abgeschotteten Luxusbadeort Cancún die uneingeschränkte Globalisierung vorantreiben, und schrecken bei der grenzenlosen Privatisierung vor nichts zurück: Gesundheit, Bildung, alles was nicht niet- und nagelfest ist, soll vollständig zur Ware werden, sogar das lebensnotwendige Wasser.

Cancún, heißt es, wurde 1971 auf dem Reißbrett als Badeort auserkoren. Am obersten Zipfel der Halbinsel Yucatan gelegen, sind die Zufahrtsstraßen zum Tagungsort der WTO relativ leicht abzuriegeln. Cancún kennt eine massive Polarisierung zwischen der armen Bevölkerung und den Reichen. Etwa die Hälfte der 300 000 Menschen mit festem Wohnsitz in Cancún, hat keinen Zugang zu Dienstleistungen wie Trinkwasser, Abwasserreinigungsanlagen, Strom und Müllabfuhr. An diesem idyllischen

? Entwickelt hat sich die WTO aus dem schon 1948 gegründeten GATT (general agreement on tariffs and trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen). Während dieses aber »nur« Abkommen zum Zollabbau für den Handel mit Industriegütern betraf, und die ausgehandelten Verträge (im wesentlichen zwischen den OECD-Staaten, d.h. den 29 meist industrialisiertesten Ländern) einzeln übernommen werden konnten, gab es in der sog. Uruguay-Runde, der letzten Verhandlungsrunde des GATT von 1986 bis 94, so zahlreiche Veränderungen, das dies zur Gründung einer eigenen Organisation führte – eben der WTO.

Was waren diese Veränderungen?

1. Erst mal wurden viele Länder mit aufgenommen. Dies entsprach zum Teil dem Wunsch vieler Schwellenländer, die endlich »gleichberechtigt« am Welthandel teilnehmen wollen. Zudem fiel in den Verhandlungszeitraum der Zusammenbruch der UDSSR und ihrer AnrainerInnen, die in den kapitalistischen Weltmarkt integriert wurden.

2. Die Themen, die den Handel betrafen, wurden erheblich erweitert: Neben Industrieprodukten

wurde der Handel mit Dienstleistungen, Agrarprodukten und sogar Patenten eingeschlossen.

3. Die Verhandlungsergebnisse wurden für alle Mitglieder bindend. Es bestand nicht mehr die Möglichkeit, einzelnen Verträgen beizutreten und andere sensible Bereiche zu schützen, sondern alles musste gleichzeitig und für alle geöffnet werden.

4. Für Sanktionen bei Regelverletzungen wurde ein eigener Gerichtshof zur Streitschlichtung geschaffen, dessen Entscheidungen akzeptiert werden müssen und der z.B. Strafzölle auch gegen Waren verhängen kann, die mit dem ursprünglichen Streitgegenstand gar nicht zu tun haben.

Außerdem wurden die Verhandlungsergebnisse zu einzelnen Abkommen zusammengefasst. Die wichtigsten davon sind das GATS und das TRIPS. Das TRIPS (Trade related intellectual property rights, handelsbezogene geistige Eigentumsrechte) regelt den Schutz von und den Handel mit Patenten, wobei das Patentrecht nicht einmal vor dem Handel mit Genmaterial von Pflanzen, Tieren

Örtchen mit den hübschen Golfplätzen in Mexiko soll nun die Liberalisierung des Planeten weiter vorangetrieben werden, damit noch weniger Menschen die Chance auf erschwingliches sauberes Trinkwasser haben.

Die Welthandelsorganisation (WTO) wurde 1995 als Nachfolger des GATT gegründet und umfasst derzeit 144 Mitgliedsstaaten. Bestimmend sind jeweils die großen Industriestaaten, also die USA, Kanada, die EU und Japan (von NGOs auch als QUAD (die großen Vier) bezeichnet). Bei WTO-Konferenzen verziehen sich die Industriestaaten gerne in die grünen Verhandlungszimmer (»Green Rooms«), um bis in die Puppen zu diskutieren, unter Ausschluss vieler Länder. Sie entwerfen dann die endgültigen Vertragstexte oder Abschlusserklärungen. Bei der letzten WTO-Konferenz in Doha wurde ebenfalls nachgearbeitet: bis um 5 Uhr morgens dauerten die Überstunden in den Green Rooms, um die »Doha-Entwicklungsrunde« auf den Weg zu bringen.

und sogar von Menschen halt macht. Damit raubt er vielen indigenen Gemeinschaften das Recht, traditionelles Wissen über Pflanzenzucht oder Heilpflanzen selbst zu nutzen und verhindert die Nutzung neuer Technologien von ärmeren Ländern, die sich die Patentgebühren nicht leisten können, selbst wenn es um lebenswichtige Medikamente z.B. zur AIDS- oder Malaria bekämpfung geht.

? Das GATS (General Agreement on Trade on Services, Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) unterwirft **■** sämtliche Dienstleistungen den Regeln des kommerziellen freien Marktes. Das heißt, dass selbst Bereiche, die bisher immerhin selbst für ärmere Menschen einigermaßen frei zugänglich waren, wie Bildung und Gesundheit (was immerhin das Ergebnis harter sozialer Kämpfe war!), endgültig als Ware gehandelt werden mit dem Ziel der Profitmaximierung. Während dies in den meisten

sog. Drittweltländern längst im Zuge der IWF-Strukturanpassungsprogramme geschehen war, sind diese Prozesse bei uns erst am Anfang, allerdings massiv in Gange. Die Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds, die den überschuldeten und zahlungsunfähigen Ländern als Bedingung für neue Kredite auferlegt wurden, sahen unter anderem eine Weltmarktöffnung und Privatisierung aller Staatsbetriebe sowie massive Kürzungen in den Sozialausgaben vor.

Interessant übrigens die Definition von Dienstleistungen, die selbst die Wasserversorgung mit einschließt. Gerade um Wasser findet ein weltweiter Konkurrenzkampf der mächtigsten Konzerne statt, ist Trinkwasser doch unersetzlich und deshalb ein krisensicheres Geschäft. Ein Traumszenario für die Konzerne, ein Alptraum für uns: Die Trinkwasserversorgung ebenso wie die Nahrungsmittel in der Hände einiger weniger Konzerne, die die Patente auf fast alle Saatgute besitzen und damit den Eigenanbau verhindern. Sollte das GATS in Kraft treten, sind wir davon gar nicht mehr weit entfernt, wenn wir es nicht verhindern und die WTO abschaffen...

Für Cancún sind Meinungsverschiedenheiten zwischen Nord und Süd also vorprogrammiert, vor allem im Bereich der Landwirtschaft, aufgrund der hochsubventionierten Agrarprodukte aus dem Norden, die zu Dumpingpreisen im Süden abgelagert werden. Die Länder des Südens fordern die Streichung aller Exportsubventionen im Agrarbereich.

Bis zuletzt wehrte sich Indien in Doha gegen eine neue Welthandelsrunde: mit Verhandlungen dürfe in Cancún nur begonnen werden, wenn ein »ausdrücklicher Konsens« über die Verhandlungsmodalitäten erzielt würde. Die Industriestaaten feierten diesen Kompromiss schon als Erfolg. (Andererseits soll hier nicht der Gegensatz »gute« »Entwicklungsländer« und »böse« Industriestaaten aufgemacht werden... der Ideologie des Neoliberalismus sind praktisch alle – vielleicht bis auf das WTO-Mitglied Kuba – verfallen). Die Zustimmung der Industrieländer wird dann mit verschiedensten Erpressungsmethoden (Entwicklungshilfe, Handelsvergünstigungen, Militärhilfen, Weltbankkredite, usw.) eingeholt oder schlicht durch Ermüdung durchgesetzt (die EU-Delegation reist mit 300 Delegierten an, Burkina Faso mit einer VertreterIn – wer hat den längsten Atem?).

Nach dem Scheitern der WTO-Konferenz in Seattle, als lautstarke Proteste auf den Straßen die breite Öffentlichkeit völlig überraschte (»Battle of Seattle«), zogen sich die Handelsdelegierten nach Doha zurück. Sie taufte die gescheiterte Millenniumsrunde in »Doha Entwicklungsrunde« (Doha Development Round, DDR) um, die im Januar 2005 abgeschlossen werden soll. Deshalb finden und fanden im Vorfeld eifrige Verhandlungen in Genf, dem Hauptsitz der WTO, statt, um möglichst viele Punkte schon vor Cancún zu klären.

In Cancún sollen folgende Themen auf der Tagesordnung stehen: Die Regierungen aus Nord und Süd sollen einen Konsens erreichen zu GATS (Dienstleistungsabkommen), die Abkommen zu TRIPS (Geistige Eigentumsrechte, Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights), Trade-Related Investment Measures (TRIMS) und das Agrarabkommen AoA (Landwirtschaft, Agreement on Agriculture).

Mit geplant sind die so genannten »Singapore issues«, die neuen Themen (new issues), die zuerst bei einer WTO-Konferenz in Singapur diskutiert wurden: Investitionen, Wettbewerbspolitik, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und Handelserleichterung.



Die VertreterInnen der Länder des Südens wollen den Beginn der Verhandlungen zu diesen »new issues« verschieben, und die Nichtregierungsorganisationen unterstützen dies, und möglicherweise schließen sich einige europäische ParlamentarierInnen dieser Skepsis an.

Öffentliches Beschaffungswesen (government procurement): hier geht es um Aufträge der Öffentlichen Hand. Sinn und Zweck ist die Erleichterung des Marktzugangs für Konzerne aus den Industrieländern. Vor allem Indien und Malaysia blockieren hier die Verhandlungen, sie kritisieren die komplizierten Vergaberegeln.



Handelskriege

Ein wichtiges Instrument der Welthandelsorganisation sind die Streitschlichtungsverfahren. Die bisherigen Erfahrungen mit dieser Instanz lassen nichts Gutes erahnen: oft wurde zuungunsten der Umwelt für den »Frei«handel entschieden. Beispielsweise bei den Thunfischen: hier wurde eine Bestimmung für den Schutz der Delphine in den Fangnetzen in Frage gestellt.

Die EU und USA haben sich mehrmals gestritten: z.B. zu Bananen oder Hormonfleisch, die EU verlor beide Fälle. Im Mai 2003 leitete die USA Klage gegen die EU ein, weil diese den Anbau und Import gentechnisch veränderter Organismen behindert. Zurzeit wird am Hauptsitz der WTO in Genf über den Zugang zu kostengünstigen Medikamenten (Generika) gestritten. Die Pharmakonzerne wehren sich aufgrund ihrer Patente und hohen Entwicklungskosten dagegen, dass arme Länder sich beispielsweise AIDS-Heilmittel leisten können.

Das GATS – General Agreement on Trade in Services

»Das GATS ist zunächst und vor allem ein Instrument zum Wohle der Unternehmen«, stellte die EU-Kommission fest. Das Abkommen trat nach mehr als acht Jahren zäher Verhandlungen 1995 mit der Gründung der WTO in Kraft.

Fast alle Dienstleistungen sind vom GATS erfasst: Banken und Versicherungen, Telekommunikation und Post, Energie- und Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Müllentsorgung, Gesundheitswesen und Bildung, Kultur und Medien, Tourismus und Transport. Mehr als 150 Sektoren sollen für den Weltmarkt geöffnet werden, darunter auch sämtliche öffentlichen Dienste.

Mit dem GATS soll die Liberalisierung von Dienstleistungen weltweit entweder durchgesetzt oder weiter vorangetrieben werden. Sowohl im Norden wie im Süden gibt es zahlreiche Beispiele



für die katastrophalen Auswirkungen von Privatisierungen. Das Leben von Menschen steht hier auf dem Spiel.

Gesundheitswesen

Ein Blick nach Großbritannien genügt – die Privatisierung der Gesundheitsversorgung bedeutet nichts Gutes für die Armen in der Bevölkerung. Auch in den USA ist das Sinken der Qualität der Gesundheitsversorgung vielfach belegt.

Wasserprivatisierung

Die Privatisierung der Wasserversorgung bedeutete in den meisten Fällen höhere Preise und tiefere Qualität für die Armen (Bolivien, Argentinien), oder sogar – wie im Falle Puerto Rico und der Wasserprivatisierung im Jahre 1995 – gar kein Wasser für die Armen. Gleichzeitig genossen die US- Militärbasen und die Quartiere der Reichen unbeschränkten Zugang.

Auch in Argentinien führte die Privatisierung zu verdoppelten Wasserpreisen und sinkender Qualität. Die Wut der Menschen zwang den Wasserkonzern zu gehen. Diese Umkehrung wäre unter GATS unmöglich gewesen.

Das GATS soll unumkehrbar sein

Die Delegierten haben sich darauf geeinigt, dass Ausnahmen im GATS- Abkommen schon vorher festgelegt werden müssen. Einmal eingegangene Verpflichtungen können nur zu einem sehr hohen Preis zurückgenommen werden, ein Preis, der vor allem für die Länder des Südens unbezahlbar sein dürfte. Will ein Land eine GATS- Vereinbarung kündigen, muss es mit anderen WTO-Mitgliedern Verhandlungen über Entschädigungen aufnehmen. Scheitern diese Verhandlungen, kann das Land vor dem WTO- Schiedsgericht verklagt werden. Verliert es das Verfahren, drohen Handels-sanktionen. Besondere Ausnahmen können zwar in späteren Verhandlungen gestrichen werden, das Hinzufügen von Ausnahmen wäre jedoch viel schwieriger.

Wieso wollen die Regierenden das GATS durchsetzen?

Die Weltwirtschaft befindet sich seit längerer Zeit in einer tiefen Krise. Mit Kriegen werden Rohstoffmärkte gesichert, die Infrastruktur eines Landes wird zerstört und dann von multinationalen Konzernen wiederaufgebaut. Viel zu expandieren gibt es jedoch nicht mehr. Die hohe strukturelle Erwerbslosigkeit lässt sich auch mit den fiesesten Niedriglohnprogrammen nicht lösen, und jeder

noch so radikale Sozialabbau schafft keinen Wachstumsschub, weil immer mehr Menschen immer weniger Kaufkraft haben.

Eine Rettung erhoffen sich die WTO-Strategen vom Dienstleistungsbereich, denn er ist von hoher Bedeutung. Bereits jetzt trägt er mit 60 Prozent zum globalen Bruttosozialprodukt bei. Die Weltbank schätzt den weltweiten Markt für Wasserversorgung auf 800 Milliarden US\$, den für Bildung auf 2 Billionen US\$ und den für Gesundheitsdienstleistungen auf 3,5 Billionen US\$. Noch sind diese Bereiche weitgehend öffentlich organisiert. Transnationale Konzerne und andere Unternehmen erhoffen sich von weiteren GATS- Liberalisierungen gewaltige Profite auf diesen Märkten.

Die negativen Auswirkungen

Erfahrungen in aller Welt zeigen, dass die gesamte Bevölkerung von der Liberalisierung öffentlicher Dienste betroffen ist. Immer wieder kommt es zu steigenden Wasserpreisen und sinkender Versorgungsqualität, zu Leistungskürzungen bei der Gesundheitsversorgung, zur Einführung von Schulgeldern und Studiengebühren. Auch die Dienstleistungsbeschäftigten, mehrheitlich Frauen, zahlen ihren Tribut durch verlängerte Arbeitszeiten, sinkende Löhne und die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Zu den großen VerliererInnen zählen die Menschen in den Ländern des Südens, auch in den Schwellenländern, denn die von den Industrieländern geforderten drastischen Marktöffnungen gefährden den Zugang der Armen zu den Grundbedürfnissen des Lebens.

Widerstand ist jetzt angesagt

Anfang 2000 wurde eine Neuverhandlung des GATS begonnen, die sich in die neue umfassende Welthandelsrunde der WTO einbettet. Die WTO- Mitglieder übermittelten ihre Marktöffnungsforderungen (requests) gegenüber anderen Staaten und anschließend ihre eigenen Marktöffnungsangebote (offers). Diese Forderungen und Angebote bieten die Grundlage für die weiteren Verhandlungen. Die EU- Kommission in Brüssel führt die GATS- Verhandlungen im Auftrag der EU- Mitgliedsstaaten. Die Forderungen und Angebote seitens der EU waren unter Verschluss, sickerten aber dann durch: unter anderem fordert die EU die Privatisierung der Wasserversorgung in Bolivien.

Widerstand gegen Wasserprivatisierung

»Wascht gefälligst Eure Autos«, forderte ein Konzernvertreter in La Paz. Der Wasserverbrauch in der bolivianischen Großstadt war





ihm nämlich noch zu niedrig. Und in Cochabamba musste sich der US-Konzern Bechtel nach anhaltenden Protesten gegen die Wasserprivatisierung zurückziehen. Die aufgrund der erhöhten Wasserpreise erbosten Bäuerinnen und Bauern blockierten Strassen im Landesinnern, so dass der Verkehr quer durch das Land zum Erliegen kam.

Beim Weltwasserforum zeigte ein philippinischer NGO-Aktivist dem von der Wasserprivatisierung schwärmenden Konzernchef das Ergebnis einer ebensolchen in Manila: er hielt ein Fläschchen mit einer bräunlichen Flüssigkeit hoch, Leitungswasser aus Manila, und bot es dem Konzernchef auf dem Podium an, der jedoch dankend ablehnte.

Widerstand von Frauen gegen das GATS

Frauen stellen die Mehrzahl aller Dienstleistenden der Welt. Lehrerinnen, Krankenschwestern, Sozialarbeiterinnen, Hausangestellte, Bürokräfte, unbezahlte Hausfrauen, usw. egal ob im Süden, Osten, Westen oder im Norden. 80 % der Arbeitskräfte im Dienstleistungssektor der EU sind weiblich. Die Liberalisierungen werden dazu führen, daß Frauen zuerst entlassen werden, dass Arbeitsplätze in Billiglohnjobs umgewandelt werden, dass Arbeitsschutzgesetze aufgeweicht werden. Im Schul- und Krankenhauswesen wird sich ein Zwei-Klassen-System etablieren: schlecht ausgestattete öffentliche Einrichtungen für die Armen, und teure private Kliniken, die sich nur diejenigen leisten können, die Geld haben.

Wenn eine solche schwerwiegende Verschiebung vom öffentlichen zum privaten Sektor statt findet, dann betrifft das die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen in viel stärkerem Maße.

WTO: Seattle reloaded in Cancún

Als die OECD (westliche Industriestaaten und einige Schwellenländer) plante, ein Multilaterales Abkommen über Investitionen (MAI) hinter verschlossenen Türen durchzusetzen, traf sie plötzlich auf erbitterten Widerstand von Basisbewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Sie war davon überrascht, und die Verhandlungen scheiterten (Meinungsverschiedenheiten zwischen den Industriestaaten trugen auch etwas dazu bei). Ein Scheitern der WTO-Konferenz der Cancún hätte eine sehr hohe symbolische Bedeutung im Kampf gegen die kapitalistische Globalisierung. Deshalb fordert die internationale Bewegung, auch das GATS zum Scheitern zu bringen:

Derail the WTO!

Viele gute Gründe für Frauen gegen GATS zu sein

Warum sind wir gegen das GATS? Warum kämpfen wir dafür, dass die elementare Daseinsvorsorge nicht unter das Regime der WTO fällt?

Es gibt mindestens zehn gute Gründe, gegen GATS zu sein. Vor allem für Frauen. Denn sie sind in allen Gesellschaften die wichtigsten Dienstleisterinnen und Daseinsvorsorgerinnen.

1) Wir sind gegen GATS und die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, weil sie schulische und medizinische Versorgung, Pflege im Alter, Wasser, Strom, Kultur, Mobilität zu Waren auf dem Weltmarkt machen wie Autos, Maschinen und Computer. Die Daseinsvorsorge lässt sich nicht in einen Supermarkt von Produkten und Dienstleistungen zerlegen. Bildung, Gesundheit, Wasser, soziale Sicherheit und Sicherheit im Alter sind öffentliche Güter, stellen das gemeinschaftliche Wohl einer Gesellschaft dar, ihre menschlichen und sozialen Kapazitäten und Entwicklungspotentiale. Auf diese öffentlichen Güter haben alle Gesellschaftsmitglieder einen menschenrechtlichen und bürgerschaftlichen Anspruch. GATS verwandelt öffentliche Güter in Waren und höhlt damit soziale Grundrechte aus. Sein Ziel ist nicht, öffentliche Güter allen zugänglich zu machen, weil sie ein Anrecht darauf haben, sondern sie werden denen zugänglich gemacht, die die Kaufkraft haben. Versorgung fließt dahin, wo das Geld ist, nicht dahin wo Bedürftigkeit und ein Rechtsanspruch sind. Das ist Kommerzialisierung von Versorgung.

2) Wir sind gegen GATS, weil durch die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen nicht die Versorgung aller Gesellschaftsmitglieder geleistet wird. Die Schwachen ziehen den Kürzeren. Denn GATS knackt das Solidarprinzip. Wird die Grundversorgung aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen finanziert, dann findet eine Umverteilung, eine Quersubventionierung statt zwischen Gesunden und Kranken, Jungen und Alten, besser und schlechter Verdienenden, Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Die Privatisierung, die Appelle an Eigenverantwortlichkeit und der Zwang zur privaten Versicherung setzen an die Stelle der Solidarität die individuelle Leistungsfähigkeit und die individuelle Kaufkraft. GATS torpediert das Solidarprinzip und schafft statt Versorgungsausgleich ersorgungsungleichheit und Versorgungsunsicherheit für die Schwachen, denen die Kaufkraft fehlt. Durch das Auskonkurrieren und Austrocknen des öffentlichen Sektors





führt GATS zu einer Polarisierung des Angebots und einem Zwei-Klassen-System der Versorgung: auf der einen Seite die privatwirtschaftliche, gut ausgestattete Versorgung, die teuer bezahlt werden muss, und auf der andern Seite die schrumpfende und zunehmend schlechte öffentliche Versorgung. Frauen sind in besonderem Maße auf erschwingliche öffentliche Grundversorgung angewiesen und leiden deshalb auch besonders unter Verknappung öffentlicher Mittel und der entsprechenden Verschlechterung öffentlicher Versorgung.

3) Wir sind gegen GATS, weil Liberalisierung alle Angebote von Daseinsvorsorge unter Konkurrenzdruck stellt. Öffentliche und private Anbieter auf dem Dienstleistungsmarkt sind aber umso wettbewerbsfähiger, je niedriger sie ihre Lohnkosten halten und je mehr sie die Arbeitsintensität erhöhen. Sparen können sie, wenn sie verschlanken, d.h. entlassen oder Beschäftigung informalisieren, flexibilisieren oder auslagern, z.B. in Billig-Jobs und unsichere Teilzeit- und Abrufarbeit verwandeln. Dies trifft Frauen, vor allem Geringqualifizierte als erste. Der Konkurrenzdruck forciert die derzeitige Informalisierung und Deregulierung von Arbeit, das Outsourcing und die Fragmentierung von Arbeit und insgesamt den Arbeitsstress. Das gilt nicht nur für Privatunternehmen, sondern auch für den öffentlichen Sektor. Dabei sind Staat und Kommunen nicht nur wichtige Arbeitgeber für Frauen, sondern auch diejenigen, die die meisten Gleichstellungsmaßnahmen durchführten. Die Privatwirtschaft lässt sich keine Frauenförderauflage und keine Quote vorschreiben. Dort gelten sie als wettbewerbsverzerrend.

Auch die Frauen, die gezwungen sind, sich selbst einen Arbeitsplatz zu schaffen, indem sie sich in eine dienstleistende Ich-AG verwandeln, sind nur konkurrenzfähig, wenn sie ihre Arbeitskraft extrem billig anbieten.

Die WTO spricht von wunderbaren Beschäftigungseffekten durch GATS. Ja, es wird im Dienstleistungsbereich mehr ungeschützte, schlechtbezahlte Jobs geben. Dafür aber weniger sichere, rechtlich geschützte und existenzsichernde Beschäftigung. Im Gegenteil: der Druck auf die Lohnkosten wächst. Und diese Entwicklung findet zu einem großen Teil auf dem Rücken dienstleistender Frauen statt.

4) Wir sind gegen GATS und die Liberalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, weil da, wo Gesundheit, Bildung, Wasser, soziale Dienste kommerziell vermarktet werden, rationalisiert und effizienz- und produktivitätssteigernd gearbeitet werden muss. Denn das bringt Gewinne. Personenbezogene Dienstleistungen, Sorge-

und Pflegearbeit lassen sich jedoch nur beschränkt rationalisieren. Effizienz und Produktivitätssteigerung haben ihre Grenze an der Menschlichkeit. Körperpflege, Erziehung, Zuwendung sind nun einmal nicht grenzenlos zu beschleunigen. Unter dem Diktat der Wirtschaftlichkeit wird deshalb versucht, das Fürsorgliche aus der bezahlten Ökonomie herauszukatapultieren. Genau dies ist aber zum größten Teil Frauenarbeit. Das bedeutet, Frauen verlieren bezahlte Jobs. Genau die Pflege, Sorge und Dienstleistung, die aus dem Erwerbsmarkt herausgedrängt wird, übernehmen wiederum Frauen in ihre unbezahlte Arbeitsökonomie, indem sie z.B. Familienangehörige zu Hause pflegen, die nach Operationen »standardisiert« entlassen werden. D.h. Liberalisierung und Effizienzorientierung in den Dienstleistungen verschieben Arbeit aus dem bezahlten in den unbezahlten Bereich. Frauen haben weniger existenzsichernde Jobs und mehr unbezahlte Arbeit.

5) Wir sind gegen GATS und die Liberalisierung der Daseinsvorsorge, weil das oberste Ziel privatwirtschaftlicher Service-Anbieter Rentabilität ist, dem sie andere Ziele unterordnen müssen. Sie investieren in Bereiche, wo sie Gewinne machen können. Die unrentablen überlassen sie der öffentlichen Hand. So steigen z.B. die Service-Konzerne vorzugsweise in den Stadtvierteln in die Wasserversorgung ein, wo zahlungsfähige Kundschaft wohnt. Private Krankenversicherer umwerben Kunden mit geringem Risiko und hohem Einkommen. Frauen stellen wegen ihrer längeren Lebenserwartungen ein hohes Risiko dar und müssen mehr als Männer zahlen. Diese handverlesenen Unternehmensstrategien nennt man Rosinenpickerei. Das Ziel der Rentabilität bestimmt aber nicht nur die Investition und die Zielgruppe, sondern auch die Dienstleistung selbst: Quantität hat Vorrang vor Qualität. Möglichst viele Operationen mit Einsatz teurer Apparatemedizin, möglichst viel Energie, egal ob unökologisch, Wasserversorgung ohne Rücksicht auf Qualität und Verluste, sprich: ohne Interesse am Ressourcensparen, denn das würde ein kostenaufwendiges Flicken von Wasserleitungen erfordern. Rentabilität fordert ihren sozialen und ökologischen Preis. Deswegen ist die elementare Daseinsvorsorge der denkbar schlechteste Ort für Profitmacherei.

6) Wir sind gegen GATS, weil es nur um ökonomische Gewinne geht ohne Rücksicht auf soziale Verluste und Folgen. Entsprechend enthält GATS keine Spur von Geschlechtersensibilität oder Geschlechtergerechtigkeit. Beispiel: die weitere Liberalisierung der Tourismusbranche. Es wird nicht reflektiert, dass forcierter Fern-tourismus zu einem Teil aus Sextourismus besteht, der auf einem



wachsenden Angebot von Prostituierten beruht und dass dies ein von den Regierungen der Länder wohlkalkulierter Posten in Wachstumsstrategien ist. Ein anderes Beispiel für die soziale Ignoranz von GATS ist die befristete Arbeitsmigration hochqualifizierter Arbeitskräfte. Nur der ökonomische Gewinn durch ihre Rücküberweisungen ist im Blick, nicht aber der Verlust, den der Abzug qualifizierter Kräfte z.B. aus dem Medizinbereich für die Versorgung in den Ländern des Südens bedeutet. Aus demselben wirtschaftlichen Grund – Rücküberweisungen – fordern Regierungen des Südens, dass auch die zeitweise Arbeitsmigration von weniger Qualifizierten unter GATS fallen soll. Dies wäre eine Art Freibrief für private Agenturen, Arbeitsvermittler und Schlepper, die Frauen in miese Jobs, in Ausbeutungsverhältnisse und in die Prostitution handeln. Darüber macht GATS sich keine Gedanken. Es ist sozial- und gender-blind.

7) Wir sind gegen GATS, weil wir nicht glauben, dass Liberalisierung des Dienstleistungssektors den Ländern des Süden große Wohlstandsgewinne bringen und die Armut beseitigen wird. Im Gegenteil: die bisherige Liberalisierung und Privatisierung im öffentlichen Sektor hat jedoch gezeigt, dass die negativen Auswirkungen bei weitem überwiegen. Der Handel mit Dienstleistungen ist – mit Ausnahme des Tourismus – vor allem ein Revier der Industrienationen. Die EU macht keinen Hehl daraus, dass Dienstleistungsexport europäischer Konzerne ihr wichtigstes Ziel ist und nennt GATS »vor allem ein Instrument zum Wohle der Unternehmen.« Unternehmen aus den OECD-Ländern profitieren am meisten von der Liberalisierung. Die WTO sagt, die Länder des Südens könnten sich frei entscheiden, was und wo sie liberalisieren wollen. Dabei weiß sie nur zu gut um die realen Machtverhältnisse zwischen den OECD-Ländern und den verschuldeten, krisengeplagten Ländern des Südens. Sie werden derzeit in bilateralen Verhandlungen massiv unter Druck gesetzt. Wir fürchten aber auch, dass die Regierungen des Südens nur an ökonomischen Gewinnen interessiert sind, und sich um den sozialen Preis, den z.B. Frauen zahlen, keinen Deut kümmern.

8) Wir sind gegen GATS, weil es wie alle Liberalisierungsabkommen der WTO ein Schlag ins Gesicht der Demokratie ist. Verhandlungen, die tief in nationale Politiken, das Gemeinwohl, öffentliche Güter und das Wohlergehen der Einzelnen einschneiden, finden hinter verschlossenen Türen statt und werden nicht transparent gemacht. So verhandelt die EU stellvertretend für ihre Mitgliedsstaaten, ohne nationale Parlamente und die Öffentlichkeit an



den Entscheidungen zu beteiligen. Die wichtigsten Entscheidungen werden in sog. Green Rooms durch die OECD-Staaten und die Regierungen von Schwellen- oder Großmarktländern ausgekugelt. Die kleineren, schwachen Staaten des Südens und Ostens bleiben ausgeschlossen und haben auch gar nicht die Ressourcen und Kapazitäten, an den Unmengen von Verhandlungen teilzunehmen. Dagegen verstärkten Großkonzerne wie die europäischen, us-amerikanischen und japanischen Service-Anbieter ihre Lobbykapazitäten und konnten ihre Interessen punktgenau ins Spiel bringen.

Auch jetzt werden genauere Informationen über Forderungen und Angebote der Regierungen geheimgehalten und als vertraulich deklariert, geplante Verhandlungsschritte werden nicht rechtzeitig offengelegt und die Kritik sozialer Bewegungen und ihre Forderungen bleiben unberücksichtigt. Beispiel: Nachdem infolge massiver öffentlicher Proteste in der bolivianischen Stadt Cochabamba die Privatisierung der Wasserversorgung rückgängig gemacht wurde und dadurch die ablehnende Haltung der Bevölkerung überdeutlich wurde, fordert die EU nun gerade von Bolivien eine Liberalisierung des Wassersektors. Deshalb sind auch die Konsultationen, die die EU-Kommission und einzelne Regierungen jetzt durchführen, eine demokratische Farce.

9) Wir sind gegen GATS, weil das Abkommen Teil einer progressiven Liberalisierung ist. Zwar hat die EU derzeit keine Angebote zur Liberalisierung in den Bereichen Bildung, Gesundheit und audiovisuelle Dienstleistungen gemacht. Sie weist aber selbst darauf hin, dass das bisherige Angebot modifiziert werden kann und wird. Liberalisierung und Privatisierung sind schrittweise und schleichen- de Prozesse. Das zeigt sich auch darin, dass GATS ein klammheimliches neues Investitionsabkommen ist, das die Investorenrechte gegenüber den Ländern stärkt und ihre Regulierungsrechte schwächt, weil nachgewiesen werden muss, dass sie keine Handelsbarrieren darstellen. Dass auch hier das Ziel ?unsere eigenen europäischen Interessen offensiv zu fördern? für die EU politikleitend ist, zeigt sich daran, dass die EU derzeit von 72 Ländern Liberalisierung im Wassersektor fordert, aber selbst keine anbietet, um das europäische Terrain europäischen Konzernen zu überlassen.

10) Wir sind auch gegen GATS, weil es die Zukunft verbaut. Denn GATS ist eine Einbahnstraße oder auch eine Falle. Es ist schier unmöglich, einmal durchgeführte Liberalisierungen wieder rückgängig zu machen oder zeitlich befristet auszusetzen, z.B. in Not- oder Krisensituationen oder bei einem Regierungswechsel.

Damit ist GATS ein wirtschaftliches Herrschaftsinstrument mit einem eigenen Regel- und Rechtssystem, das sich die Demokratie und national-staatliche Souveränität mit ihren Rechts- und Regelsysteme unterordnet. Soziale und ökologische Standards, Umwelt und Verbraucherschutz können als »unnötige Handelshemmnisse« abgestraft werden.

Wir beharren darauf, dass solche Qualitätsstandards nicht durch WTO-Recht ausgehebelt werden dürfen. Soziale und Geschlechtergerechtigkeit, Vorsorge, Umweltschutz; Menschenrechte und Menschlichkeit müssen Vorrang vor Handelsrecht haben.

Wir pochen zum einen auf das demokratische Recht aller BürgerInnen, informiert zu werden, Widerstand leisten und demokratisch mitentscheiden zu können. Die bereits übermittelten Forderungen und Angebote der EU müssen zurückgezogen werden, denn sie kamen ohne öffentliche Beteiligung zustande. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass die öffentliche Grundversorgung demokratischen Entscheidungen und dem Subsidiaritätsprinzip unterliegen sollte, d.h. so lokal wie möglich erfolgen soll. Gemeinden und Gesellschaften müssen autonom zu jeder Zeit neu entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Dienste organisieren. Niemand und nichts darf zu Liberalisierung und Privatisierung gezwungen werden.

Kein Zweifel, dass der öffentliche Sektor reformiert werden muss, dass er oft ineffizient, marode und korrupt ist, und dass es ihm vor allem in den Ländern des Südens nicht gelingt, die Grundrechte und Daseinsvorsorge aller Gesellschaftsmitglieder zu sichern. Aber GATS und Privatisierung sind nicht der richtige Weg dazu. Wir müssen Alternativen suchen und dabei das Soziale und die Solidarität neu erfinden. Dazu brauchen wir kein GATS. Deswegen werden wir weiter gegen GATS und für sozial- und geschlechtergerechte Alternativen kämpfen.

Christa Wichterich

Aktionstage am Abschiebelager Fürth 11.–14.9.

Viele lateinamerikanische Basisbewegungen können sich die Reise nach Cancún nicht leisten und bereiten deshalb Aktionen an den Grenzen ihrer Länder vor. Hierzulande schließen sich Gruppen aus der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung den internationalen Grenzaktionen an und protestieren gegen ein neues Abschiebelager für Flüchtlinge, ein sog. Ausreisezentrum in Fürth bei Nürnberg, das es seit einem Jahr gibt.

Mehr Infos:

www.ausreisezentren.de

Flüchtlingsaufruf zu den Aktionstagen in Fürth

Sie erwarten von uns Lob für die USA, die EU-Regierungen, die WTO, IWF, und Weltbank für den Versuch uns von Armut und unserer schlimmen Situation zu retten« – die diese uns auferlegt haben.

Als die Menschen aus Afrika, Asien und Lateinamerika zum ersten mal nach Europa kamen, wurden wir als SklavInnen herübergebracht und viele von uns wurden im wahrsten Sinne des Wortes in Menschenzoos gesteckt in denen die EuropäerInnen sich ansehen konnten, wie exotische, wilde Tiere aussahen und sich kleideten. In unseren Heimatländern auf der ganzen Welt starben Millionen unter der kolonialen Expansion und der Ausbeutung unserer Reichtümer und Ressourcen. Zurück blieben die kolonialen Diener und Sklaventreiber, auch bekannt als unsere sogenannten Staatsführer, sodass die kapitalistische Maschinerie weiterlaufen konnte. Die Realität heute ist nicht viel anders. Unsere Länder blieben genauso kolonisiert und ausgebeutet wie zuvor. Man schaut immer noch auf uns herab für das, wer wir sind und wir bekommen nur Respekt, wenn man uns als Folklore betrachtet; man trampelt immer noch auf uns herum, spuckt auf uns und schließt uns aus, und wir Flüchtlinge werden in Flüchtlingsheime wie Freienbessingen oder Markersdorf in Thüringen oder Eisenhüttenstadt in Brandenburg gesteckt, die weit entfernt sind von allen Möglichkeiten der Integration in die Gesellschaft.

Die Errichtung moderner, brutaler neoliberaler Abschiebe- und Strafverfolgungszentren, wie das Projekt X (Zentrale Anlaufstelle) in Braunschweig und in Bramsche, das Ausreisezentrum in Fürth oder die unzähligen Abschiebeknäste im ganzen Land steht für nichts anderes als für die Schähigkeit der neokolonialen Macht, die nie in der Lage war, die leeren Schlagworte und Versprechungen

Programm:

■ Donnerstag 11.9.

Nachmittags: Begrüßung der Flüchtlinge am Zaun des Fürther Abschiebelagers und der benachbarten Gemeinschaftsunterkunft, anschließend gemeinsames Auftaktplenum

■ Freitag 12.9.

Vormittags: Kundgebung vor dem Bundesamt für Migration/Nürnb.

Mittags: öffentliches Hearing in Fürth zum Widerstand gegen Abschiebelager

Nachmittags: Dezentrale, kreative Aktionen

■ Samstag, 13.9.:

Großdemonstration zum Gelände des Abschiebelagers Fürth- »Open the borders, close the camp!«

Abends: Open Air-Konzert

Hinweis: Bei den Aktionstagen wird es eine eigene Frauen-Lesben-Organisation und einen Frauen-Lesben-Bereich geben. Feministische Inhalte und Aktionen werden ein wichtiger Bestandteil sein.



von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie, oder auch nur »nie wieder!«, zur Realität werden zu lassen. Im Gegenteil, diese misbräuchlich verwendeten und hohlen Bedeutungen haben schon seit langem die Wahrheit der Ungerechtigkeit demaskiert, die sich hinter ihrer angeblichen Hilfsbereitschaft und Gutwilligkeit verbirgt: Terror, Hunger und Unterdrückung!

In einem zunehmend rassistischen und repressiven System wird die Beschneidung unserer Bewegungsfreiheit durch die Peitsche des Sklaventreibers in Form von rassistischen Polizeikontrollen und Polizeibrutalität auf uns losgelassen. Selbst in unseren eigenen Ländern erhält die Polizei vor Ort finanzielle Unterstützung aus Europa, um den Wunsch der Menschen nach Gerechtigkeit zu kriminalisieren. Falls wir es schaffen, durch die zunehmend rigiden und brutalen Kontrollen der Festung Europa zu kommen, werden wir sofort als Terroristen und Kriminelle angesehen und unsere Abschiebung wird vorbereitet, noch bevor sie überhaupt wissen, wer wir sind.

Wenn etwas getan werden muß, um diese inhärente Ungerechtigkeit zu bekämpfen, dann sieht der Europäer/die Europäerin die Flüchtlinge als jemand, dem/der man Hilfe und Mitleid zukommen lassen muß. Jedoch: Wenn der Stiefel der Unterdrückung auf dem Rücken der Mehrheit der Welt tritt, dann ist die helfende Hand nicht mehr wert als eine einfache bedeutungslose Geste, genau wie ihre Schlagworte von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Und es muß klar sein, dass dieser symbolische Stiefel auf unserem Rücken unsere Realität in der heutigen Welt darstellt, in der wenige Länder und eine Handvoll reicher und mächtiger Konzerne und Individuen versuchen, die Reichtümer (menschlich und materiell) des gesamten Planeten zu kontrollieren.

Wo immer wir auch sind, wenn wir versuchen, ein besseres Leben zu finden, um unsere Familien zu ernähren, Bildung zu erhalten oder auch nur für unser Recht kämpfen, zu leben, dann werden wir von den Gesellschaften kriminalisiert, eingesperrt und in den Tod geschickt (sei es durch Hunger oder durch Repression), die am meisten von unserer Zerstörung und Not profitieren, welche durch ihre Gier und ihre wirtschaftliche Einflußnahme verursacht wurde. Die bürokratische Maschine der Unterdrückung und Ungerechtigkeit arbeitet endlos weiter, um dafür zu sorgen, dass wir Menschen ohne Gesicht und ohne Rechte bleiben. Wir sollen einfach nur Objekte bleiben, die man anstarrt und über die man redet, als wären wir noch immer in den Menschen-Zoos, die vor hunderten von Jahren für uns gebaut wurden. Schluss mit den Abschiebungen! Abschiebung ist Menschenrechtsverletzung. Sie ist ein Verbrechen.

Die deutschen Behörden müssen zur Verantwortung gezogen werden für die Folgen dieser Abschiebungen und der Abschiebedrohungen, die oft zu völliger Verzweiflung und Frustration geführt haben. Sie müssen zur Verantwortung gezogen werden für die Repression und für den Tod von Flüchtlingen und MigrantInnen hier in Deutschland und unmittelbar nach der Abschiebung, sowie für das Einsperren, die Verfolgung, die Folter und den Tod von denen, die abgeschoben wurden.

Wenn wir abgeschoben werden, schickt man uns zurück in dieselben Länder, welche zerstört und jeder Zukunft beraubt wurden. Und wie zu Beginn des Kolonialismus werden wir behandelt wie Tiere – nicht wert der westlichen Ideale wie Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Wir werden in Käfige (Heime, Ausreisezentren und Abschiebegefängnisse) gesperrt, welche ihnen nicht gut genug für ihre Hunde sind. Sie erwarten von uns, dass wir diese Ungerechtigkeit ohne Beschwerden akzeptieren und dass wir dankbar sind für ihre vorgebliche »Großmut«. Sie erwarten von uns Lob für die USA, die EU-Regierungen, die WTO, IWF, Weltbank und NATO usw. für den »Versuch uns von Armut und unserer schlimmen Situation zu retten« – die diese uns auferlegt haben.

Auch nach vielen Jahrhunderten kolonialistischer und kapitalistischer Ausbeutung unserer Reichtümer und der Menschen, nach vielen Massakern, unterdrückerischen Regimes und Folter, kämpfen wir immer noch, sowohl in unseren Heimatländern als auch hier, darum, diese Ungerechtigkeit ein für alle mal umzustürzen! Wir sind immer noch stark und wir haben immer noch unsere Würde! In Deutschland, Frankreich, Italien, Nigeria, Kolumbien, Palästina, Kamerun, Irak, Peru, Iran, Togo, Sri Lanka und an vielen anderen Plätzen, egal wo wir sind, unser Widerstand- geerbt von so vielen Generationen, die vor uns für unsere Befreiung gekämpft haben und gestorben sind- geht weiter und wird nicht besiegt werden!

Wir rufen alle Flüchtlinge, MigrantInnen und fortschrittlichen Menschen dazu auf, zusammen zu kommen, um zu zeigen, dass eine andere Welt möglich ist und dass Solidarität, Gerechtigkeit, Geschwisterlichkeit und Freiheit mehr sind als bedeutungslose Schlagworte sind (anders als die Worte der Mächtigen, die nichts anderes sind, als maskierte Lügen). Ein Finger alleine ist schwach und kann gebrochen werden, aber zusammen bilden sie eine starke Faust des Widerstands!

*Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen,
The Voice Refugee Forum*

Mehr Infos:

www.gruppe-basta.de

www.chiapas.ch

<http://chiapas.mediosindependientes.org/cancun/>

<http://iomcmexico.org>

<http://espora.org/cancun03>

Auch die Zapatistas mobilisieren nach Cancún

Der Aufstand der Zapatistas in Chiapas, Mexiko, am 1. Januar 1994 leitete eine grundsätzliche Legitimitätskrise des Neoliberalismus ein. Als Datum hatte sich die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN ausgerechnet den Beginn der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA ausgewählt. Bewegungen in aller Welt folgten dem mutmachenden Beispiel, endlich dem Gerede vom angeblichen »Ende der Geschichte« und dem angeblichen »Sieg des Kapitalismus« ein klares »Ya Basta!«, »Es reicht!« entgegenzuschleudern. Und nun bereiten sich Basisbewegungen in aller Welt auf die WTO- Konferenz in Cancún vor – auch die Zapatistas sind dabei.

Eckpunkte des globalen Netzwerks Peoples' Global Action

PGA Infopoints:

Infopunkte sind Anlaufstellen (Gruppen, Infoläden u.a., die sich um eine weitere Vernetzung kümmern möchten), an denen Informationen zu PGA zu erhalten sind. Infopunkte gibt es z.B. in Hamburg, Hanau, Leipzig, Tübingen und anderswo.

Bundesweite mailingliste:

multitude@lists.riseup.net

(Koordination und Ankündigungen von Aktionen wie etwa an globalen Aktionstagen).

1. Eine klare Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus; und aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen die zerstörerische Globalisierung vorantreiben.
2. Wir lehnen alle Formen und Systeme von Herrschaft und Diskriminierung ab, einschließlich aber nicht beschränkt auf Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir anerkennen die vollständige Würde aller Menschen.
3. Eine konfrontative Haltung, da wir nicht glauben dass Lobbyarbeit einen nennenswerten Einfluss haben kann auf undemokratische Organisationen in die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst sind;
4. Ein Aufruf zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam, Unterstützung für die Kämpfe sozialer Bewegungen, die Respekt für das Leben und die Rechte der unterdrückten Menschen maximieren, wie auch den Aufbau von lokalen Alternativen zum Kapitalismus.
5. Eine Organisationsphilosophie die auf Dezentralisierung und Autonomie aufgebaut ist.

